



Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle

5. Februar 2002 /bwa05

Senat beschließt Gesetzentwurf zur Sicherung des Luftfahrtindustriestandortes Hamburg

Der Senat hat heute einen Gesetzentwurf zur weiteren Sicherung des Luftfahrtindustriestandortes Hamburg beschlossen. Er unterstreicht Hamburgs Anspruch als wachsende Wirtschaftsmetropole mit einer breiten, innovativen Industrie.

Anlass für die Senatsentscheidung sind Ausführungen des Hamburgischen Obergerichtes (OVG) in einem Beschluß vom 19.2.2001. Das OVG hatte den Sofortvollzug der Baumaßnahmen zur Erweiterung des Airbus-Werkes in Hamburg Finkenwerder freigegeben. Anlässlich dieser Entscheidung hatte das OVG darauf hingewiesen, dass es in den weiteren Verfahren rechtlich auch darauf ankommen könne, ob es sich bei der Erweiterung des Airbus-Werkes um ein gemeinnütziges oder privatnütziges Vorhaben handelt.

Der Senat ist ebenso wie die EU-Kommission und die norddeutschen Landesregierungen und Landesparlamente der Auffassung, dass es sich um ein für Hamburg und die norddeutsche Region besonders wichtiges Vorhaben handelt und deswegen im öffentlichen Interesse liegt. Mit dem jetzt der Bürgerschaft zugeleiteten Gesetzentwurf wird juristische Klarheit geschaffen. Der Gesetzentwurf unterstreicht die wirtschaftspolitische Bedeutung der Flugzeugproduktion für die Entwicklung der Region und sichert die Erweiterung der Flugzeugproduktion am Standort Finkenwerder jetzt gesetzlich.

Bei Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Andreas Richter, Tel.: 42841-1627

Im Internet: www.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_wirtschaft_und_arbeit/aktuelles